

Konträre Ziele

Von Heiko Flottau

Immer wieder keimen auf dem Schlachtfeld, auf dem sich Juden und Araber seit den Zwanzigerjahren des letzten Jahrhunderts bekämpfen, urplötzlich zarte Friedenshoffnungen. 1991, während des ersten Irakkrieges, sprach Präsident George Bush senior von einer neuen Weltordnung, welche Frieden bringen sollte. 1993, nach den Verträgen von Oslo, erschien es nur als eine Frage der Zeit, wann der Konflikt friedlich gelöst werden würde. Und jetzt, nach dem Tode Jassir Arafats, werden Politiker und Journalisten nicht müde, das Jahr 2005 als Friedensjahr zu begrüßen. Ein Blick aber auf den einmal über 750 Kilometer langen, von Israel derzeit gebauten Trennwall lässt die Friedensschalmeien schnell verstummen.

Das Monstrum raubt Palästinensern Ackerland und Wasserquellen, durchschneidet palästinensische Siedlungen und zementiert den von Israel im Westjordanland errichteten Apartheid-Staat. Israel bezeichnet die Mauer als ein vorläufiges Bauwerk, das jederzeit einer Friedensordnung weichen könne. Auch die ersten, nach 1967 gebauten Siedlungen galten als vorläufig. Siedlungen wie Mauer aber haben stets nur neue Unsicherheit geschaffen, weil sie die Palästinenser weiter einschnürten. Wie einer von Ariel Scharons Beratern, Dov Weisglass, bekannte, dienen die Mauer und der angekündigte Rückzug aus Gaza dem Ziel, weite Gebiete des Westjordanlandes zu annektieren und die Gründung eines palästinensischen Staates zu verhindern. George Bush junior hat dem Landraub bereits seinen Segen gegeben. Seit dem Tode Arafats haben Israel und die USA diesem Unrecht nicht abgeschworen.

Wer nun, wie die Europäer, nach Frieden ruft, sollte sich an eines erinnern. Es waren der europäische wie der speziell deutsche Antisemitismus des 19. Jahrhunderts, die unter den europäischen Juden den Ruf nach einem eigenen Staat laut werden ließen und somit die heutigen Probleme mit verursachten. Diese jüdische „Heimstatt“, so der britische Außenminister Lord Balfour 1917, lag weit weg, gehörte nicht zu Europa, machte es mithin den Europäern leicht, ihr schlechtes Gewissen zu beruhigen. Durch Judenverfolgung und Holocaust wurde Palästina dann zum Rettungsanker Hunderttausender. Nur: Wie der saudische Staatsgründer Ibn Saud dem amerikanischen Präsidenten Franklin Roosevelt 1948 sagte, hätten nicht die am Holocaust unschuldigen Araber, sondern die Deutschen Kompensation leisten und den Juden Häuser und Ländereien geben müssen: „Der Verbrecher muss für den Preis bezahlen, nicht aber der unschuldige Zeuge“, argumentierte Ibn Saud.

Dass die Gründung einer jüdischen Heimstatt auf arabisch-besiedeltem Gebiet Gewalt zeugen würde, ahnte schon der Begründer des politischen Zionismus, Theodor Herzl. In einem Tagebucheintrag vom Juni 1895 notierte er, die arme (arabische) Bevölkerung müsse man unbemerkt über die Grenze schaffen. Hannah Arendt, die jüdische Philosophin, warnte früh, Israel werde stets „mit physischer Selbstverteidigung beschäftigt“ sein, wenn es sich ohne Verständigung mit den Arabern in Palästina etabliere. In den Kriegen von 1948 und 1967 wurden Herzls Pläne und Arendts Befürchtungen bittere Realität. Israel war, eigenem Verständnis nach, mit „Selbstverteidigung beschäftigt“, Hunderttausende Palästinenser wurden „über die Grenze geschafft“.

Unglücklicherweise haben die Hamas und andere Gruppen diese Wagenburgmentalität Israels noch verstärkt. Widerstand gegen Siedler und Soldaten in den besetzten Gebieten ist legitim, Krieg gegen die Zivilisten eines international anerkannten Staates wie Israel ist es nicht. Die Strategie der Hamas, israelische Bürger in Kaufhäusern und Cafés zu töten, ist ein nicht zu tolerierendes Verbrechen – und läuft zudem auf politische Selbstverstümmelung hinaus. Denn die Mordwelle der Hamas hat Ariel Scharon erst in die Lage versetzt, die nach den Verträgen von Oslo abgetretenen Gebiete zu erobern und weitere Siedlungen zu bauen. So hat es auch die Hamas mit zu verantworten, dass die 22 Prozent Palästinas, welche nach der Gründung Israels für einen palästinensischen Staat noch übrig waren, erneut von Israel besetzt sind. Ariel Scharon baut auf diese Fakten. Seine Politik läuft auf eine lange Interimslösung hinaus, an deren Ende sich womöglich eine Gelegenheit ergeben könnte, Restpalästina Israel einzuverleiben.

Paradoxerweise sucht auch die Hamas eine lange Interimslösung – allerdings mit konträrem Ziel. Hamas setzt auf die Voraussage, dass Palästinenser im historischen Palästina bald die Bevölkerungsmehrheit stellen werden und dadurch Israel zwingen könnten, in die Gründung eines bi-nationalen Staates einzuwilligen, in welchem Israelis in der Minderheit wären. Eine solche Entwicklung bedeutete das Ende des jüdischen Staates Israel. Die Apartheid-Mauer, die Scharon bauen lässt, ist nicht nur Ausdruck der von Hannah Arendt prophezeiten Wagenburg-Mentalität, sondern auch der untaugliche Versuch, Israels Existenz auf Dauer zu sichern. Wer aber Israel bewahren will, muss den Palästinensern einen Staat geben. Diese Maxime galt schon vor dem Tode Arafats. Noch mehr gilt sie heute.